Land Salzburg  
Fachgruppe Legislativ- und  
Verfassungsdienst  

Per e-mail:  
Begutachtung@salzburg.gv.at  

Ihr Zeichen  
Unser Zeichen  
SbgGbg_1015_chb  
St. Johann/Pg.  
Datum  
27.10.15  

Stellungnahme  

zum vorliegenden Entwurf eines Landesgesetzes, mit dem das Salzburger Gleichbehandlungsgesetz geändert werden soll.  


Einige inhaltliche Aspekte im Detail:  

ad § 31 Abs 4  
Es entspricht der Lebenserfahrung, dass die jeweils mit dem Vorsitz betraute Person höheren Arbeitsbelastungen ausgesetzt ist, weshalb auch eine Abstufung in der Höhe der Entschädigung zu den anderen Mitgliedern des Ausschusses denkbar wäre.
ad § 31 Abs 4a:
Abgesehen von der Tatsache, dass die Verfügbarkeit von Persönlicher Assistenz derzeit im Bundesland Salzburg nicht für alle potenziellen Mitglieder eines Monitoringausschusses gewährleistet scheint, ist die Regelung auch zu eng gefasst. Der Ersatz der Kosten der Persönlichen Assistenz dürfte sich nicht nur auf die Teilnahme an Sitzungen beschränken, sondern muss alle zweckdienlichen Erledigungen im Rahmen des gesamten in § 40a beschriebenen Aufgabenbereiches umfassen.

Der in den Erläuterungen in 5. Z 3 zur Persönlichen Assistenz angeführte Verweis auf § 3c des Gesundheits- und Krankenpflegegesetzes ist nicht zielführend und sollte entfallen, da der dortige Regelungsgegenstand ein anderer ist.

ad § 40a Abs 2:
Der Bestellungsmodus der Mitglieder des Monitoringausschusses erscheint überarbeitungsbedürftig. Es sollte auch nur der Anschein vermieden werden, dass die Salzburger Landesregierung sich die Zusammensetzung eines Gremiums, welches bestimmungsgemäß auch der Kontrolle der Umsetzung der UN-BRK durch diese dient, selbst aussucht. In diesem Zusammenhang wird auch auf die im Rahmen der UN Staatenprüfung Österreichs erfolgten Handlungsempfehlungen hingewiesen, wo insbesondere in Punkt 53 eine vollständige Unabhängigkeit der zu schaffenden Monitoringausschüsse gefordert wird. Aus diesem Grund wird auch empfohlen, das unter Abs 2 Z 3 berufene Mitglied des Monitoringausschusses nur mit beratender Stimme auszustatten. Der Vergleich mit anderen Monitoringausschüssen zeigt, dass die im vorliegenden Entwurf angedachte Anzahl der Mitglieder relativ gering ist; ein Gremium mit bis zu zehn Mitgliedern wäre jedenfalls arbeitsfähig.

Selbstvertreter/innen (beispielsweise die Hälfte der in Z. 1 genannten Vertreter/innen) festgelegt werden.

ad § 40a Abs 3
Es dürfte ein Redaktionsversehen bei Abs 3: „Der Monitoringausschuss hat folgende Aufgaben:“ vorliegen, da auch dieser Absatz als Abs 2 bezeichnet wird.

Z 4.
Die Frist für die Berichterstattung des Monitoringausschusses an die Landesregierung ist mit zweijährlich zu lang gewählt und es wird daher ein jährlicher Bericht empfohlen.

ad § 40b:
Es sollte unbedingt eine Bestimmung vorgesehen werden, die sicherstellt, dass der Monitoringausschuss über ein unabhängiges Budget verfügen kann. Die in den Erläuterungen angenommenen zwei Sitzungen pro Jahr mit einer Kostenschätzung von € 4.000.- sind jedenfalls erheblich zu niedrig angesetzt.

Mit der Bitte um Kenntnisnahme verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen!

Mag. Christian Berger
Geschäftsführer